

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 27.04.2022
Antragsnr.: 099/2022
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: Klärung durch RB
mit Referat:

erlanger linke
Stadtratsgruppe für soziale Politik

Erlangen, den 27.04.2022

**Erlangen fordert verhandlungsfähiges Angebot an Gewerkschaften
Dringlichkeitsantrag zum Stadtrat 4/2022**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Stadt Erlangen fordert die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) auf, den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in der Tarifrunde Sozial- und Erziehungsdienst ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen.
2. Der Stadtrat spricht sich für eine einheitliche Verbesserung der Tarifverträge bei Arbeitsbedingungen und für eine Erhöhung der Entgelte durch bessere Eingruppierungen aus - als bessere Alternative zum chaotischen Wettbewerb der Kommunen um die höchsten Zulagen.
3. Bund und Länder müssen dafür sorgen, dass auch finanziell schlechter gestellte Kommunen die geforderten Verbesserungen bezahlen können.

Begründung:

Zu 1. Auch nach der 2. Runde der Tarifverhandlungen hat der KAV noch überhaupt kein Angebot vorgelegt – geschweige denn ein verhandlungsfähiges. Wir tragen als Mitglied des KAV Bayern politisch mit Verantwortung für diesen respektlosen Umgang, für diese Verhöhnung der während Corona freigiebig mit Beifall und Wertschätzung bedachten KollegInnen im Sozial- und Erziehungsdienst.

Zu 2. Es wird immer schwerer, Stellen im Sozial- und Erziehungsdienst zu besetzen, denn die Bezahlung wird dem anspruchsvollen Beruf nicht gerecht, dazu kommen Überlastung und unzureichende Arbeitsbedingen.

Um so dringender ist es, auf die Forderungen der Gewerkschaften einzugehen, also die Arbeitsbedingungen zu verbessern und durch verbesserte Eingruppierung die Anerkennung auch finanziell auszudrücken. Städte, die es „sich leisten können“, bieten schon übertarifliche Zulagen an. Auch Erlangen tut dies inzwischen bei bestimmten Berufen – aber nicht im Sozial- und Erziehungsdienst.

Zu 3. Wenn der Bund oder auch die Länder den Kommunen Aufgaben übertragen, müssen sie dafür auch bezahlen. Und wenn diese Aufgaben teurer werden, um die berechtigten Forderungen der dort Arbeitenden zu erfüllen, dann müssen Bund und Land eben mehr bezahlen. Dass der Bund Geld hat, sehen wir gerade.

Begründung der Dringlichkeit:

Wenn zur dritten Verhandlungsrunde Mitte Mai kein verhandlungsfähiges Angebot vorliegt, haben ver.di und GEW Streiks angekündigt.

Mit freundlichen Grüßen

Fabiana Girstenbrei

Johannes Pöhlmann